

Eidgenössische Steuerverwaltung
Vernehmlassung Familienbesteuerung
Eigerstrasse 65
3003 Bern

29. November 2012

**Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer DBG (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat einen neuen Anlauf zur Beseitigung der Ehe- oder Heiratsstrafe unternehmen will und unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen bei der direkten Bundessteuer. Sie anerkennt, dass mit den Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung (2008) die Heiratsstrafe bereits gemildert werden konnte und mit der steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern (2011) weitere Anstrengungen für eine gerechte Familienbesteuerung unternommen worden sind. Solange gewisse Ehepaare im Vergleich mit Konkubinatspaaren schlechter gestellt sind, steht der Bund jedoch in der Pflicht, diese verfassungswidrige Diskriminierung zu beseitigen.

1. Ziele und Grundsätze der Revision

Die EVP teilt die Ziele der Revision, wonach sich die direkte Bundessteuer möglichst neutral gegenüber den verschiedenen Partnerschafts- und Familienmodellen verhalten und zu ausgewogenen Belastungsrelationen führen soll. Die Steuergesetzgebung soll nicht bestimmte Lebensentwürfe gegenüber anderen privilegieren und finanziell fördern. Eine gerechte Paar- und Familienbesteuerung muss sich unseres Erachtens an den folgenden Grundsätzen orientieren:

- **Ehepaare gemeinsam besteuern**

Die EVP will wie der Bundesrat an der gemeinsamen Veranlagung von Ehepaaren festhalten. Die Familie soll auch in steuerlicher Hinsicht als Einheit betrachtet werden.

- **Wahlfreiheit gewährleisten**

Der Staat und die Steuergesetzgebung muss sich möglichst neutral verhalten, was die Wahlfreiheit eines Paares bezüglich der Aufteilung der Erwerbstätigkeit oder der Betreuung der

Kinder anbelangt. Diese Wahlfreiheit muss unabhängig von steuerlichen Anreizen gewährleistet sein.

- **Ehe als Keimzelle der Gesellschaft schützen und privilegieren**

Ein vollständig zivilstandsneutrales Steuersystem wird sich in der Praxis jedoch nie erreichen lassen. Die EVP teilt deshalb die Sicht des Bundesrates, dass der Ehe als Keimzelle der Gesellschaft eine Sonderstellung eingeräumt und eine gewisse Schlechterstellung bestimmter Konkubinatspaare hingenommen werden muss. Schliesslich steht die Heirat allen Paaren offen. Der Staat darf aber die Ehe nicht länger steuerlich bestrafen.

- **Einverdiener- und Zweiverdienerehepaare ähnlich besteuern**

Die steuerliche Ungleichbehandlung von Einverdiener- und Zweiverdienerehepaaren muss sich unseres Erachtens in relativ engen Grenzen bewegen. Auch hier gilt, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen den freien Entscheid jedes Paares über die Aufteilung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit möglichst nicht tangieren sollen. Ferner sind viele Ehepaare nur in geringem Umfang Zweiverdienerehepaare. Der Unterschied zwischen Ein- und Zweiverdienerehepaaren ist somit ein gradueller und rechtfertigt nur eine minimale steuerliche Ungleichbehandlung. Das heisst nicht, dass die EVP den Zweiverdienerabzug abschaffen will.

- **Verteilung der Einkommen auf die Ehepartner darf keine Rolle spielen**

Die steuerliche Belastung eines Ehepaares muss möglichst unabhängig sein von der Verteilung der Einkommen auf die Ehepartner. Das Erwerbseinkommen und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ehepaars ist immer gleich gross, unabhängig davon, ob das Einkommen nun im Verhältnis 90:10 oder 50:50 von den beiden Ehepartnern erzielt wird.

- **Kein Verheiratetentarif für Unverheiratete**

Für die EVP ist es ein familienpolitischer Sündenfall, dass bislang auch Steuerpflichtigen im Konkubinat der Elterntarif (Verheiratetentarif plus Abzug vom Steuerbetrag von 251 Franken pro Kind) gewährt worden ist. Damit haben die Betroffenen den Fünfer und das Weggli (günstiger Verheiratetentarif, jedoch ohne höhere Progression durch Zusammenrechnen der Einkommen) und die Heiratsstrafe wurde zusätzlich verschärft. Für die EVP ist es deshalb unabdingbar, dass mit der aktuellen Revision alle Nichtverheirateten nach dem Grundtarif veranlagt werden.

- **Abzug für Alleinerziehende ist notwendig**

Die EVP unterstützt den neuen Abzug für Alleinerziehende, damit diese sozial besonders verletzte Gruppe steuerlich nicht schlechter gestellt wird – auch wenn sich hier Fragen bezüglich Vollzug stellen.

- **Abschaffung der Heiratsstrafe in der AHV**

Die grösste Heiratsstrafe ist nicht in der Steuergesetzgebung zu finden, sondern bei der AHV. So erhalten Ehepaare maximal 1.5 volle Altersrenten, Konkubinatspaare dagegen deren 2. Die EVP ist sich bewusst, dass die aktuelle Revision nicht die AHV-Gesetzgebung betrifft. Sie erachtet es hingegen als äusserst verfehlt um nicht zu sagen zynisch, wenn im erläuternden Bericht eine steuerliche Schlechterstellung bestimmter Rentnerkonkubinatspaare bemängelt wird. Solange die Ehestrafe in der AHV nicht beseitigt ist, sieht die EVP null Handlungsbedarf für die steuerliche Besserstellung von Rentnerkonkubinatspaaren.

2. Zum vorgeschlagenen Modell „Mehrfachtarif mit alternativer Steuerberechnung“

Die EVP fordert seit langem, dass alle steuerlichen Benachteiligungen von Ehepaaren gegenüber anderen Lebensgemeinschaften abgeschafft werden. Sie hat dazu bislang immer die Einführung des Familiensplittings verlangt. Es bietet die Vorteile, dass die Ehe stark entlastet wird und dass Ein- und Zweiverdienerehepaare mit demselben Haushaltseinkommen die gleiche Steuerlast tragen. Aus Gründen der Finanzierbarkeit und der Steuergerechtigkeit („Millionärsgatteneffekt“: eine sehr gut verdienende Person kann durch Heirat mit einer nicht oder wenig verdienenden Person die Progression brechen und damit ihre Steuerbelastung deutlich reduzieren) hat sich der Bundesrat gegen das Splitting entschieden. Stattdessen soll im Modell „Mehrfachtarif mit alternativer Steuerberechnung“ die Steuerbelastung eines Ehepaares zunächst im ordentlichen Verfahren berechnet werden. In einem zweiten Schritt nimmt die veranlagende Behörde eine alternative Berechnung der Steuerbelastung vor, die sich an die Besteuerung von Konkubinatspaaren anlehnt und stellt schliesslich den günstigeren der beiden Steuerbeträge in Rechnung. Die EVP anerkennt, dass dieses System für die Ehepaare einfach in der Handhabung ist und zweitens sehr zielgenau auf die Beseitigung der tatsächlich bestehenden Benachteiligungen wirkt (und damit weniger Mindereinnahmen verursacht als andere Modelle). Nachteilig schlägt zu Buche, dass dieses System aktuell von keinem Kanton angewendet wird und mögliche Vollzugsprobleme damit noch weitgehend unbekannt sind. Die EVP geht aber davon aus, dass sich der Zusatzaufwand für das vorgeschlagene Modell „Mehrfachtarif mit alternativer Steuerberechnung“ nach der Einführungsphase in vertretbaren Grenzen bewegen wird.

3. Zu einzelnen Bestandteilen des vorgeschlagenen Modells

3.1 Grundtarif für Unverheiratete

Heute werden Alleinerziehende und steuerpflichtige Personen mit Kindern, die mit einem Partner im Konkubinat leben bei der direkten Bundessteuer unter bestimmten Voraussetzungen mit dem Verheiratetentarif besteuert. Die EVP erachtet dies als Verstoß gegen die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ungerechtfertigte Besserstellung dieser Personen. Sie werden zwar nach dem (milderen) Verheiratetentarif besteuert, müssen aber nicht befürchten durch das Zusammenzählen zweier Einkommen eine höhere Progressionsstufe zu erreichen. Die EVP begrüsst deshalb, dass neu sämtliche unverheirateten Personen mit Kindern (Alleinstehende und Konkubinatspartner) stets nach dem Grundtarif veranlagt werden sollen. Hingegen ist es richtig, dass der im Rahmen der „steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern“ eingeführte Abzug vom Steuerbetrag in der Höhe von 251 Franken weiterhin auch Alleinerziehenden und Konkubinatspartnern zusteht.

3.2 Abzug für Alleinerziehende

Die obige Neuerung (Grundtarif und Abzug pro Kind vom Steuerbetrag) würde ohne Korrektiv eine deutliche Mehrbelastung von Alleinerziehenden bedeuten. Diese sozial besonders verletzbare Gruppe darf jedoch auf keinen Fall steuerlich schlechter gestellt werden. Ein grosser Teil der Alleinerziehenden befindet sich in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen, weil sich Erwerbsarbeit und Betreuung der Kinder nicht vereinbaren lassen, Alimente nicht bezahlt werden, Teilzeitstellen Mangelware sind, etc. Die EVP teilt die Ansicht des Bundesrates, dass Alleinerziehende deshalb zu den am stärksten durch Armut und andere soziale Benachteiligungen gefährdeten Bevölkerungsgruppen gehören. Die EVP unterstützt deshalb den vorgeschlagenen Sozialabzug für Alleinerziehende, welcher sicherstellt, dass sich für die tatsächlich Alleinerziehenden keine Mehrbelastung gegenüber dem geltenden Recht ergibt.

Allerdings gilt es auch zu beachten, dass der Vollzug der Steuergesetzgebung möglichst einfach sein muss. Wie die Vernehmlassungsunterlagen zu Recht festhalten, werden die Steuerbehörden zur Überprüfung, ob eine Person tatsächlich alleinerziehend ist und damit den obigen Abzug in Anspruch nehmen darf, weitestgehend auf die Aussagen der Steuerpflichtigen angewiesen sein. Hier bringt die EVP eine gewisse Skepsis an, auch wenn eine ähnliche Regelung im Kanton Bern recht gut zu funktionieren scheint. Im Lichte des knapper und teurer werdenden Wohnraums gilt es weiter alle Anreize zu vermeiden, welche dazu führen können, dass aus steuerlichen Gründen zwei separate Wohnungen beibehalten werden.

3.3 Einverdiener- und Zweiverdienerabzug

Wie bereits dargelegt, darf die steuerliche Ungleichbehandlung von Einverdiener- und Zweiverdiener-ehepaaren unseres Erachtens höchstens minimal sein. Auch hier gilt, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen den freien Entscheid jedes Paares über die Aufteilung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit möglichst nicht tangieren sollen. Die EVP unterstützt deshalb die Einführung des neuen Einverdienerabzugs. Er wird notwendig, weil sich die alternative Steuerberechnung in der Regel nur bei Zweiverdiener-ehepaaren auswirkt. (Diese lehnt sich an die Besteuerung von Konkubinatspaaren an und veranlagt die Einkommen getrennt. Damit wird die Progression gebrochen. Wird das gleiche Einkommen nur von einem Ehepartner erzielt, greift dieser Mechanismus nicht.) Ansonsten würden die Belastungsdifferenzen zwischen Zweiverdiener- und Einverdiener-ehepaaren zu gross.

Mit der Einführung des Einverdienerabzugs steht fest, dass auch Zweiverdiener-ehepaare einen Abzug müssen geltend machen können, der mindestens so hoch ist wie der Einverdienerabzug. Ansonsten würden insbesondere bei Zweiverdiener-ehepaaren mit einem geringen Zweitverdienst verfassungswidrige Mehrbelastungen gegenüber Einverdiener-ehepaaren mit gleichem Gesamteinkommen entstehen.

3.4 Verheiratetenabzug

Die EVP will den heutigen Verheiratetenabzug beibehalten, auch wenn damit keine Vereinfachung des Steuersystems zu erzielen ist. Seine Streichung würde jedoch bei Einverdiener-ehepaaren zu einer Mehrbelastung gegenüber dem geltenden Recht führen und die Belastungsdifferenz zwischen Einverdiener- und Zweiverdiener-ehepaaren in unerwünschter Weise vergrössern.

3.5 Vorschläge zur Finanzierung

Für die EVP ist selbstverständlich, dass die voraussichtlichen Einnahmeausfälle im Umfang von rund einer Milliarde Franken (bei einem Gesamtertrag der direkten Bundessteuer von rund 21.5 Milliarden Franken inkl. Anteil der Kantone) gegenfinanziert werden müssen. Sie teilt die Ansicht des Bundesrates, dass eine ausschliesslich ausgabenseitige Gegenfinanzierung nicht realistisch ist. Einnahmenseitig steht für den Bundesrat entweder eine dauerhafte Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.3 Prozentpunkte im Vordergrund oder der Aufschub des Ausgleichs der kalten Progression bis eine Teuerungsentwicklung von 5.8% erreicht ist. Beide Varianten haben bei näherer Betrachtung gewichtige Nachteile.

Erhöhung der Mehrwertsteuer ist unsozial und kompliziert

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zu einer relativen Mehrbelastung der kleinen und mittleren Einkommen und wird von der EVP deshalb abgelehnt. Dies ist umso stossender, als die Nutzniesser dieser Vorlage Paare mit höherem Einkommen sind. Da Familien erst ab einem Einkommen von ca. 100'000 Franken überhaupt der direkten Bundessteuer unterstellt sind, würden alle Familien mit einem Einkommen unter diesem Wert die Entlastung der höheren Einkommen mitfinanzieren müssen. Das ist nicht akzeptabel.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zweitens bei den KMU zu einem unverhältnismässigen Aufwand (neue Preislisten und Preisschilder, Kassaumstellungen, EDV- und Buchhaltungsanpassungen, Abgrenzungen nach altem und neuem Mehrwertsteuersatz, usw.), welchen es möglichst zu vermeiden gilt.

Verzicht auf den Ausgleich der kalten Progression ist willkürlich

Ein Verzicht auf den Ausgleich der kalten Progression hat etwas Willkürliches, weil vorwiegend die Personen „im steilen Bereich der Progressionskurve“ betroffen sind, während Steuerpflichtige, welche den Maximalsatz bezahlen von der Massnahme nichts bemerken.

Stattdessen generelle Erhöhung der direkten Bundessteuer

Die EVP lädt den Bundesrat deshalb ein, eine generelle Erhöhung der direkten Bundessteuer zu prüfen. Diese Lösung folgt einer inneren Logik und hat den Vorteil, dass die Entlastung von jener Gruppe von Steuerpflichtigen bezahlt wird, welche auch von der Steuersenkung profitiert. Es findet also bloss eine Umverteilung innerhalb der Gruppe der überhaupt bundessteuerpflichtigen Personen statt. Zweitens würde dadurch auch der Einnahmefall der Kantone kompensiert, da diese mit 17% an den Einnahmen der direkten Bundessteuer beteiligt sind.

Im Weiteren verweisen wir auf unsere Antworten im nachstehenden Fragebogen. Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung Direkte Bundessteuer,
Verrechnungssteuer, Stempelabgaben

Stabsstelle Gesetzgebung, 29. August 2012

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)

Fragebogen

Stellungnahme der

Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Nägeligasse 9, Postfach 294, 3000 Bern 7, www.evppev.ch

1.	Unterstützen Sie die grundsätzliche Stossrichtung der Vernehmlassungsvorlage?
Antwort	Ja. Die EVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat einen neuen Anlauf zur Beseitigung der Ehe- oder Heiratsstrafe unternehmen will und unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen bei der direkten Bundessteuer. Solange gewisse Ehepaare im Vergleich mit Konkubinatspaaren schlechter gestellt sind, steht der Bund in der Pflicht, diese verfassungswidrige Diskriminierung zu beseitigen.

2.	Davon ausgehend, dass die alternative Steuerberechnung (Art. 214a DBG) umgesetzt wird, sind Sie mit der Ausgestaltung einverstanden?
214a Abs. 1 und 2 iVm Art. 86 Abs. 4 Antwort	Ja. Es ist wichtig, dass der tiefere Steuerbetrag von Amtes wegen in Rechnung gestellt wird.
214a Abs. 3 Antwort	Ja
214 a Abs. 4 Bst. a Antwort	Ja
214 a Abs. 4 Bst. b Antwort	Ja
214 a Abs. 4 Bst. c Antwort	Ja
214 a Abs. 5 Antwort	Ja

3.	Sind Sie mit dem neuen Einverdienerabzug und den Änderungen beim Zweiverdienerabzug einverstanden (Art. 212 Abs. 1 ^{bis} und 2)?
Antwort	<p>Ja. Die steuerliche Ungleichbehandlung von Einverdiener- und Zweiverdienerpaaren darf unseres Erachtens höchstens minimal sein. Die EVP unterstützt deshalb die Einführung des neuen Einverdienerabzugs. Er wird notwendig, weil sich die alternative Steuerberechnung in der Regel nur bei Zweiverdienerhepaaren auswirkt. Ansonsten würden die Belastungsdifferenzen zwischen Zweiverdiener- und Einverdienerhepaaren zu gross.</p> <p>In logischer Konsequenz muss ein Zweiverdienerabzug in mindestens derselben Höhe geltend gemacht werden können. Ansonsten würden insbesondere bei Zweiverdienerhepaaren mit einem geringen Zweitverdienst verfassungswidrige Mehrbelastungen gegenüber Einverdienerhepaaren mit gleichem Gesamteinkommen entstehen.</p>

4.	Sind Sie mit den neuen Regelungen zur Besteuerung von Alleinerziehenden und von Konkubinatspaaren mit Kindern einverstanden (Art. 213 Abs. 1 Bst. d und 214 Abs. 2bis)?
Antwort	<p>Ja. Alleinerziehende und Konkubinatspaare sollen zum Grundtarif besteuert werden. Die heutige Regelung, wonach sie nach dem (milderen) Verheiratetentarif besteuert werden, jedoch keine Gefahr laufen, durch Addition zweier Einkommen in eine höhere Progressionsstufe zu gelangen, ist ungerecht und systemwidrig.</p> <p>Die sozial besonders verletzte Gruppe der Alleinerziehenden darf jedoch nicht steuerlich schlechter gestellt werden. Die EVP begrüsst deshalb den neuen Abzug für Alleinerziehende. Unschön ist höchstens, dass die Steuerbehörden bei der Überprüfung, ob die Voraussetzungen für diesen Abzug erfüllt sind, weitestgehend auf die Aussagen der Steuerpflichtigen werden abstellen müssen. Diese Regelung birgt ein gewisses Missbrauchspotential.</p>

5.	Sind Sie damit einverstanden, dass die Voraussetzungen für den Kinderabzug (Art. 213 Abs. 1 Bst.
----	--

	a) und für den Abzug vom Steuerbetrag pro Kind (Art. 214 Abs. 2 ^{bis}) deckungsgleich sind?
Antwort	Ja

6.	Teilen Sie die Auffassung, dass die zur Einhaltung der Schuldenbremse notwendige Gegenfinanzierung der Reform zumindest teilweise auch einnahmenseitig erfolgen soll? Welche der zwei vorgeschlagenen einnahmenseitigen Varianten (Erhöhung der Mehrwertsteuersätze bzw. ein vorübergehender Verzicht auf den Ausgleich der Folgen der kalten Progression) bevorzugen Sie? Ziehen Sie andere Massnahmen zur Gegenfinanzierung vor?
Antwort	<p>Ja, eine ausschliesslich ausgabenseitige Gegenfinanzierung ist unrealistisch. Die Vorschläge des Bundesrates haben gewichtige Nachteile:</p> <p><u>Erhöhung der Mehrwertsteuer ist unsozial und kompliziert</u></p> <p>Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zu einer relativen Mehrbelastung der kleinen und mittleren Einkommen und wird von der EVP deshalb abgelehnt. Dies ist umso stossender, als die Nutzniesser dieser Vorlage Paare mit höherem Einkommen sind. Da Familien erst ab einem Einkommen von ca. 100'000 Franken überhaupt der direkten Bundessteuer unterstellt sind, würden alle Familien mit einem Einkommen unter diesem Wert die Entlastung der höheren Einkommen mitfinanzieren müssen. Das ist nicht akzeptabel.</p> <p>Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zweitens bei den KMU zu einem unverhältnismässigen Aufwand (neue Preislisten und Preisschilder, Kassaumstellungen, EDV- und Buchhaltungsanpassungen, Abgrenzungen nach altem und neuem Mehrwertsteuersatz, usw.), welchen es möglichst zu vermeiden gilt.</p> <p><u>Verzicht auf den Ausgleich der kalten Progression ist willkürlich</u></p> <p>Ein Verzicht auf den Ausgleich der kalten Progression hat etwas Willkürliches, weil vorwiegend die Personen „im steilen Bereich der Progressionskurve“ betroffen sind, während Steuerpflichtige, welche den Maximalsatz bezahlen von der Massnahme nichts bemerken.</p> <p><u>Stattdessen generelle Erhöhung der direkten Bundessteuer</u></p> <p>Die EVP lädt den Bundesrat deshalb ein, eine generelle Erhöhung der direkten Bundessteuer zu prüfen. Diese Lösung folgt einer inneren Logik und hat den Vorteil, dass die Entlastung von jener Gruppe von Steuerpflichtigen bezahlt wird, welche auch von der Steuersenkung profitiert. Es findet also bloss eine Umverteilung innerhalb der Gruppe der überhaupt bundessteuerpflichtigen Personen statt. Zweitens würde dadurch auch der Einnahmenausfall der Kantone kompensiert, da diese mit 17% an den Einnahmen der direkten Bundessteuer beteiligt sind.</p>

7.	Übrige Bemerkungen
Antwort	<p>Die grösste Heiratsstrafe ist nicht in der Steuergesetzgebung zu finden, sondern bei der AHV. So erhalten Ehepaare maximal 1.5 volle Altersrenten, Konkubinatspaare dagegen deren 2. Die EVP ist sich bewusst, dass die aktuelle Revision nicht die AHV-Gesetzgebung betrifft. Sie erachtet es hingegen als äusserst verfehlt um nicht zu sagen zynisch, wenn im erläuternden Bericht eine steuerliche Schlechterstellung bestimmter Rentnerkonkubinatspaare bemängelt wird. Solange die Ehestrafe in der AHV nicht beseitigt ist, sieht die EVP null Handlungsbedarf für die steuerliche Besserstellung von Rentnerkonkubinatspaaren.</p>

Vernehmlassungsteilnehmer: Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Für allfällige Rückfragen: Niklaus Hari, Leiter Kommunikation

Tel. Nr.: 031 311 19 44

E-Mail: niklaus.hari@evppev.ch